

Niederschrift der 40. Ratssitzung vom 27.09.2018

Ort: in der Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33,
06526 Sangerhausen

Tag: 27.09.2018

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:37 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 27 Stadträte

Herr Udo Lucas	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Frank Schmiedel	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Herr Axel Sell	DIE LINKE.
Frau Doreen Lehnertz	B.I.S. / FBM ab TOP 4.
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
Herr Siegmar Hecker	BOS
Herr Volker Kinne	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Monika Rauhut	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Harald Koch	fraktionslos
Frau Antje Rödiger	fraktionslos

entschuldigt fehlten:	Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM	
verspätet erschienen:	Herr Harald Oster	F.D.P.	16:02 Uhr
	Herr Thomas Klaube	CDU	16:03 Uhr
	Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	16:03 Uhr
	Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	16:09 Uhr
	Herr André Reick	B.I.S. / FBM	16:09 Uhr
	Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM	17:05 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Frank Schmiedl	CDU	18:00 Uhr
	Herr Günter Prause	DIE LINKE.	19:18 Uhr
	Herr Thomas Klaube	CDU	19:27 Uhr
	Frau Regina Stahlhacke	CDU	19:31 Uhr
	Herr André Reick	B.I.S. / FBM	20:00 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Heiko Blesse		
	Herr Peter Dietrich		
	Herr Uwe Hornickel		
	Herr Ralph Kujawski		
	Herr Tobias Mann		
	Herr Ulrich Mannheim		
	Herr Karl-Heinz Mehmel		
	Herr Mario Pastrik		
	Frau Iris Reiche		
	Herr Matthias Redlich		
	Frau Katrin Scheffel		
	Frau Martina Schneidewind		
Ortsbürgermeister:	Herr Tim Schultze		OT Wettelrode
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas		OT Obersdorf
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Finanz- und Personalverwaltung	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Herr Matthias Knobloch	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Karin Schiller	SB Referat Organisation und Wahlen	
	Frau Sabrina Klausner	SB Referat Organisation und Wahlen	
	Frau Janine Wunder	Fachdienst Finanzen	
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 23.08.2018**
(wird nachgereicht)
- 4. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates gem. § 42 Abs. 4 KVG LSA**
- 5. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Entnahme von 100.000 Euro aus der SWG und Festschreibung für die Jahre 2018 bis 2024
 - 7.2 Wiedervorlage nach Widerspruch vom 28.08.2018 - Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der städtischen Wohnungsbau mbH (SWG) Beschluss 7-39/2018
 - 7.3 Wiedervorlage nach Widerspruch vom 28.08.2018 - Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der Kommunalen Bädergesellschaft mbH (KBS) Beschluss 6-39/18
 - 7.4 1. Lesung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2019
 - 7.5 1. Lesung der 12. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2019
 - 7.6 Nutzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen- Prioritätenliste von Maßnahmen
 - 7.7 Neufassung der Gebührensatzung für das Spengler Museum und das Spengler Haus
 - 7.8 Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bbauungsplanes Nr. 40 "Solarpark Wiesenweg" der Stadt Sangerhausen, Ortsteil Oberröblingen
 - 7.9 Aufforderung an die Stadt Sangerhausen, ihre Verpflichtung zu erfüllen, auf Dauer den Bestand und den Betrieb des Freibades Wolfsberg zu gewährleisten (§ 5 Gebietsänderungsvereinbarung vom 14.09.2005).
 - 7.10 Aufforderung an die Stadt Sangerhausen, ihre Verpflichtung zu erfüllen, auf Dauer den Bestand und den Betrieb des Feuerwehrgerätehauses zu gewährleisten (§ 5 Gebietsänderungsvereinbarung vom 14.09.2005)

7.11 Aufforderung an die Stadt Sangerhausen, ihre Verpflichtung aus § 4 Abs. 2 Buchstabe (d) i. V. m. § 5 Abs. 2 Buchstabe (e) der Gebietsänderungsvereinbarung betreffs des Ersatz-Neubaus der Wipperbrücke an der Sirene zwischen den Grundstücken Wolfsberger Gänseberg 6 und Wolfsberger Straße Nr. 10 zu erfüllen.

7.12 Rahmenverträge für Bauhofleistungen

8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

8.1 Prüfaufträge Haushaltskonsolidierung - Kostendeckung Friedhofsgebühren, Kostendeckung Kindertageseinrichtungen, Nutzung von Sportstätten

8.2 Prüfauftrag Haushaltskonsolidierung - Aufwendungen für ehrenamtlich tätige Bürger mit örtlich bezogenen Aufgaben

8.3 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.08.2018

9. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

9.1. Verkauf des städtischen Grundstückes in der Gemarkung Sangerhausen, Flur 20, Flurstücke 438 und 164; ehemaliger Schachtkindergarten in der Fritz-Himpel-Straße

10. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

10.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses

10.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses

11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnet die 40. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundigen Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 27 Stadträte sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 8.3 und 11. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 9. - 10.3 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

16:02 Uhr
Herr Oster kommt
16:03 Uhr
Herr Klaube und
Frau Spröte
kommen zur Sitzung
= 30 Anwesende

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Skrypek

Die Verwaltung schlägt vor, den **TOP**

3. Genehmigung der Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 23.08.2018

von der Tagesordnung **abzusetzen**.

- Um folgende Angelegenheit im **öffentlichen Teil** wird die **Tagesordnung erweitert**

TOP 7.13 Bewilligungsbescheid Liquiditätshilfe - Rechtsbehelfsverzicht

und im **nichtöffentlichen Teil** wird die Tagesordnung um den

TOP 9.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)

erweitert.

Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung mit der Beschlussvorlage zum TOP 7.13

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung mit der Beschlussvorlage zum TOP 9.2

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

16:09 Uhr
Herr Peche und
Herr Reick kommen
= 32 Anwesende

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 1

Herr Oster stellt den Antrag, Herrn Schmidt aus der Rosenstadt GmbH im nichtöffentlichen Teil anzuhören. Er sagt es wäre wichtig und von erheblicher finanzieller Bedeutung. Herr Schmidt wäre bereit vor dem Rat Rede und Antwort zu stehen.

Frau Liesong sagt, dass somit nur eine einseitige Information in Erfahrung gebracht werde. Es fehle eine offizielle Stellungnahme seitens der Stadt.

Herr Skrypek stellt die Frage ob bereits Rechtsstreitigkeiten anstehen und mit dieser Maßnahme sich in den Rechtsstreit eingemischt werde.

Herr Schuster sieht das Ansinnen als unzulässig an, da in die Tagesordnung nur Tagesordnungspunkte aufgeführt werden dürfen, wenn die Verhandlungsgegenstände zum Aufgabengebiet des Gemeinderates gehören. Die Angelegenheit betreffe die Rosenstadt GmbH, welche keine Gesellschaft der Stadt Sangerhausen darstelle. Beide Parteien haben bereits juristische Schritte eingeleitet.

Herr Hüttel erfragt, ob die entstehenden Kosten der Rechtsstreitigkeiten der Stadt Sangerhausen zugeschrieben werden.

Herr Schuster habe dies nicht geprüft. Seines Erachtens nach entstehen die Kosten der Rosenstadt Sangerhausen GmbH.

Herr Hüttel sagt, dass die Rosenstadt Sangerhausen GmbH nicht verklagt wurde sondern der Geschäftsführer. Dieser wurde inzwischen auch gekündigt.

Herr Kotzur ist sich nicht sicher, ob der Stadtrat für die Rosenstadt GmbH zuständig sei. Der eigentliche Gesellschafter sei der Touristikverein. Dieser hat die GmbH berufen und ist mit ihm ein Arbeitsverhältnis eingegangen. Weiterhin stellt er sich die Frage, ob der Stadtrat den Oberbürgermeister in den Touristikverband entsandt habe oder ob dieser als Privatperson tätig sei. Herr Schuster antwortet, dass der Rat ihn nicht entsandt habe. Daraufhin sieht Herr Kotzur keine Zuständigkeit des Rates.

Herr Koch sieht, ob zuständig oder nicht, kein Problem in dieser Tätigkeit. Es ginge auch um den übertragenen Wirkungskreis. Wenn Ratsmitglieder das Bedürfnis haben Informationen zu erlangen, so dürfen diese das. Er ist für eine Abstimmung zur Anhörung von Herr Schmidt.

Herr Oster stimmt Frau Liesong zu, dass die Informationen sehr einseitig seien und auch keine durch die Verwaltung dringen würden. Aufgrund der Nichtbeantwortung seiner Fragen in der geschlossenen Sitzung, erhofft er durch die Anhörung von Herrn Schmidt Informationen zu erhalten. Er ist der Meinung, dass die Zukunft des Rosariums die Stadt Sangerhausen betrifft. Er sehe ein Führungsvakuum. Die Stadt Sangerhausen sei über einen Betrauungsakt von 2015-2024 mit der Rosenstadt Sangerhausen GmbH verbunden. Dieser regle die Pflichten und weise einige Defizite aufgrund von Forderungen und Zielen auf. Außerdem hafte die Stadt Sangerhausen für die Kredite der Rosenstadt GmbH und somit drohe eine Insolvenz in keiner Weise. Er versteht nicht, wieso die Stadt sagt, sie sei nicht zuständig, da mit der Rosenstadt einige Verträge bestünden. Er ist der Meinung, dass eine andere Perspektive, gegebenenfalls durch Herrn Schmidt, eingebracht werden solle.

Herr Hüttel könne einige Reaktionen kaum verstehen. Sofern die Verwaltung keine Informationen preisgäbe, müsse sich anders um diese gekümmert werden. Die Stadt ist seiner Meinung nach zuständig.

Herr Skrypek bittet um eine Abstimmung um Herrn Schmidt Rederecht im nichtöffentlichen der Sitzung zu erteilen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (FDP-Fraktion)

Ja-Stimmen	=	17
Nein-Stimmen	=	10
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit ist der Antrag mehrheitlich bestätigt und Herr Schmidt hat Rederecht im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Somit wird der TOP 10.3 Rederecht für Herrn Schmidt, Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH in die Tagesordnung aufgenommen.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	30
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Tagesordnung mehrheitlich bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 39. Ratssitzung vom 23.08.2018

Wurde abgesetzt.

4. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates gem. § 42 Abs. 4 KVG LSA

Für den verstorbenen Herrn Mike Bösel rückt Frau Doreen Lehnertz, wohnhaft in Sangerhausen, Am Schlag 27 a nach. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor. Frau Doreen Lehnertz ist anwesend.

- Verpflichtung:

Herr Skrypek bittet Frau Lehnertz nach vorn und verpflichtet sie.

Verpflichtungstext:

„Ich verpflichte Sie gemäß § 30 (3) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen- Anhalt. Sie haben Ihre Aufgaben zu erfüllen und sich an die Pflichten laut KVG LSA, §§ 32 und 33, zu halten.

Gemäß § 30 (3) KVG LSA sind die ehrenamtlich Tätigen auf die ihnen nach den

§§ 32 und 33 obliegenden Pflichten sowie auf die Regelungen des § 34 hinzuweisen.

Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest, dass Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt wurden und die Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert haben.

Diese Erklärung liegt vor.

Damit ist die Verpflichtung gemäß § 30 (3) KVG LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

16:16 Uhr

Frau Lehnertz

als Stadtrat

= 33 Anwesende

5. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 28.09.2018 zugeschickt.

6. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche spricht über die vergangene Hauptausschusssitzung und spricht den erwähnten Beirat für die Rosenstadt GmbH an. Innerhalb von 2 Jahren sei dieser noch immer nicht zustande gekommen. Erst durch den Wechsel des Oberbürgermeisters habe sich etwas getan. Die Fraktionsangehörigen der B.I.S. / FBM haben dem Redeanteil von Herrn Schmidt nur zugestimmt, da sie Interesse haben, was dieser zu sagen hat. Er spricht an, dass die Fraktion zum Landtag wolle, um Protest anzubringen. Er zitiert die Mitteldeutsche Zeitung. Im Jahre 2006 habe die Stadt Sangerhausen eine Umlage pro Einwohner von 189,43€ gezahlt. Im vorigen Jahr waren es 396,73€ pro Person. Damit wurde die Umlage verdoppelt. Er fragt sich, ob man dafür doppelte Zulagen oder Schlüsselzuweisungen in doppelte Höhe bekommen habe. Nein in dem Interview gab es eine Ohrfeige. Er kritisiert den Oberbürgermeister zum Gewerbe - und Industriegebiet. Es gibt genügend Flächen außerhalb im Industrie - und Gewerbegebiet und außerhalb der Halle, die ausreichen würden, um die Förderung zu bekommen. Es geht um normale Standortakquise. Er bittet den Oberbürgermeister dies umzusetzen. Damit das angenommen wird, was der Finanzminister gesagt hat. Er ruft die Angehörigen der Kommunen von Mansfeld-Südharz auf an der Demonstration am 22.11.2018 und 23.11.2018 teilzunehmen. Zu diesem Zeitpunkt ist die Sitzung des Landtages. Die B.I.S. / FBM möchte sich mit der Polizei in Verbindung setzen, damit die Ordnungsmäßigkeit dieser Maßnahme eingeleitet werden kann. Er hofft, dass die anderen Mitglieder des Rates in den nächsten Tagen auf ihn zukommen, um dies gemeinsam zu planen. Somit könnte man die Unterstützung der Stadtverwaltung bekommen und Anschriften der anderen Kommunen, um die Kreistagsmitglieder anschreiben zu können. Es sind fast noch 2 Monate Zeit dies zu planen. Er appelliert an alle und sagt, dass man sich nicht zu schade sein sollte dorthin zu fahren. Es gibt eine Differenz zwischen den „ Otto Normalverbauchern und den Herrschaften aus Magdeburg". Der Artikel der MZ zeigt, wie man über Sangerhausen denke. Sangerhausen scheint laut Artikel abgehängt zu sein, doch das möchte die B.I.S. / FBM nicht. Er appelliert an alle Fraktionen gemeinsam eine Aktion zu starten, also parteiübergreifend zu agieren.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Oster, FDP - Fraktion

Herr Oster stimmt seinem Vorredner zu und stellt sich als Vorsitzender des neugegründeten Beirates vor. Er möchte von den Menschen angesprochen werden, wenn diesen Themen innerhalb des Rosariums nicht gefallen sollten. Es wird eine neue Möglichkeit des Beirates auch mitzuwirken. Sollten mehr Beiratssitzungen notwendig sein, dann sollten diese auch durchgeführt werden. Er spricht sich für ein gutes Miteinander aus. Er spricht ebenfalls die finanziellen Umstände und die Ursachen der geplanten Demonstration an. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen habe auch aufgrund finanzieller Schwierigkeiten Zuschüsse in einer Höhe von 22 Millionen Euro vom Finanzminister Herrn Schröder erhalten. Die Voraussetzungen seien jedoch nicht bekannt. Fakt sei jedoch, dass es keine Streitigkeiten darum gebe, dass Geld vorhanden sein. Es ginge nur darum, wer es erhält. Er erklärt, dass sich auch die FDP der Demonstration anschließen wird. Man wird auch mit den Privatautos fahren, es braucht also kein Bus organisiert werden.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S. / FBM - Fraktion

Frau Liesong erwähnt, dass der Bahnhof nach wie vor ein Trauerspiel sei. Sie spricht die Anschaffung von Lautsprechern im Bahnhof an und ob diese für Durchsagen genutzt werden könnten, um die kommenden Verspätungen anzukündigen. Die Anfrage dazu habe sie bereits vor einem halben Jahr gestellt und wartet nun noch immer auf die Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß sagt, dass das Verfahren dazu bereits im Gange sei. Mit dem Eigentümer des ehemaligen Bahnhofs wurde bereits gesprochen. Dieser hat sich an Abelio gewandt, um dort zu erfragen inwieweit dort die Möglichkeit besteht. Abelio muss dies mit dem Eisenbahnbundesamt abklären. Dieses Verfahren läuft jedoch noch. Bei nächster Gelegenheit möchte er aber erneut nachfragen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel stimmt ebenfalls dem Vorhaben von Herrn Peche zu und bestätigt, dass auch die Linke an dem Vorhaben teilnehmen werde. Er geht auf die heutige Tischvorlage ein. Damit liegt ein zusätzlicher Grund vor. Auf der einen Seite mahnt Herr Schröder die 3 Mio. Euro damals nicht angenommen zu haben, jedoch hätten diese von der Stadt innerhalb von 3 Jahren wieder zurückgezahlt werden müssen. Auf der anderen Seite bekomme man jetzt 4 Mio. Euro, die man innerhalb von 2 Jahren zurückzahlen müsse. Dies wäre jedoch aufgrund der hohen Schulden in Höhe von 60 Millionen Euro schwer möglich. Steuererhöhungen, z.B. die Grundsteuererhöhung, wurden als Bedingung gesetzt. Die Wut der Bürger müsse man in eine demokratische Linie bringen und nach Magdeburg fahren.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos

Herr Koch stimmt ebenso Herrn Peche zu. Er merkt an, dass vor Ort klare Positionen vorgetragen werden müssten. Herr Koch würde sich diesbezüglich jedoch nicht darauf verlassen, was bisher der Städte und Gemeindebund vorgelegt habe. Dies ist viel zu weich und geht völlig am Problem vorbei. Es handle sich um ein Problem hinsichtlich der Verteilung der Steuern, welches in ganz Deutschland wiederzufinden sei. Die Schärfe ist verstärkt worden durch die Tischvorlage. Er bezeichnet dies als ein sog. „Folterinstrument“. Dies verschärft die Situation der Stadt immer weiter. Er dokumentiert jetzt schon, dass er diese Vorlage ablehnen werde. Wenn das angenommen wird, dann sei man dem „Untergang geweiht“. Er greift weiterhin auf, dass am 12. Oktober wohl im Wasserverband über die Kalkulation der Preise des Fernwassers gesprochen werde. Vorher solle sich allerdings noch einmal im Stadtrat dazu geäußert werden.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen, Herrn Knobloch

Herr Knobloch sagt, dass kein Beschluss über die Kalkulation im Wasserverband vorgesehen ist und sobald weitere Informationen im Bauausschuss vorhanden seien werde er darüber berichten.

7. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

7.1 Entnahme von 100.000 Euro aus der SWG und Festschreibung für die Jahre 2018 bis 2024

Herr Schmiedl spricht die vergangene Ratssitzung an und den Entscheid darüber, ob der SWG 224.000€ entnommen werden sollen. Es gab zwei Hauptrichtungen in die die Entscheidungen gingen. Zum einen, dass der Stadtrat nicht nur den Mietern der SWG verpflichtet sei und durch die Ablehnung der Entnahme, den Haushalt der Stadt Sangerhausen gefährde. Zum anderen, dass die Instandhaltung und der Modernisierungstau der SWG bereits 48 Millionen Euro betrage und dass man jeden Euro den man im Unternehmen habe auch in dem Unternehmen verbauen solle. *Herr Schmiedl* kann jeder Position für sich betrachtet uneingeschränkt zustimmen, aber es müsse ein Kompromiss geschaffen werden. Der Beschluss der Gesellschaft sage, dass es möglich sei, Geld aus dem Unternehmen zu entnehmen und die Wirtschaftlichkeit nicht zu gefährden. Für ihn sei wichtig, dass das Unternehmen das erhält, was es möchte und dokumentiert hat, nämlich eine gewisse Planungssicherheit. Es solle auf neue Projekte, welche übertragen werden, verzichtet werden, da diese Arbeitszeit binden. Es müsse möglich sein durch geringere Zinsaufwendungen des Unternehmens zu modernisieren und dadurch Verbesserungen in der Wohnlandschaft zu schaffen. Er ist der Meinung, dass ein Herabsetzen der Entnahme von 224.000 Euro auf 100.000 Euro und die Festschreibung ein möglicher Kompromiss ist. Der Bescheid, welcher nun angekommen sei, könne möglicherweise nicht angenommen werden. Die Stadt Sangerhausen habe das Haushaltskonsolidierungskonzept umzusetzen und somit lasse sich auch auf Gesellschaften zurückgreifen, aber nicht in einer beliebigen Höhe, sondern im Augenmaß. Wenn die Gesellschaft sagt, dass 100.000 Euro möglich sind, dann sollte man sich der Summe nicht entgegensetzen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Hauptausschuss lehnte die Vorlage mit 4 Ja- und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Finanzausschuss stimmte der Vorlage mehrheitlich mit 5 Ja-, 2 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus lehnte die Vorlage mit einer Ja-Stimme und 9 Nein-Stimmen ab.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Sanierungsausschuss mit 3 Ja-, 3 Nein-Stimmen und einem Abwesenden abstimmte.

Herr Hüttel äußert sich zu der Aussage, dass beide Hauptrichtungen richtig seien. Eine Kommune muss leben können und Mieter/innen haben das Recht auf die Sanierung der Gebäude. Genau dabei liegt das Problem. Er müsse jetzt parteipolitisch werden und drückt sein Unverständnis aus, weshalb genau die CDU dies fordert. Die CDU regiert in Land und Bund und es ist Geld ohne Ende da. Wenn wieder „nach oben gehuldigt und nach unten getreten wird“, kann er dem nicht zustimmen. Zur letzten Vorlage hat sich nichts geändert und Herr Hüttel hofft, dass diese Vorlage auch wieder abgelehnt wird.

Herr Koch stellt sich die Frage, in welcher Hinsicht sich die Argumente für und wider geändert haben. Es habe sich nur die Meinung des Aufsichtsrates geändert. Dieser habe dem zugestimmt. Er habe Zweifel daran, ob nicht die Zustimmungen erzwungen wurden. Er sieht weiterhin ein unterschiedliches Auftreten bestimmter Personen sowohl im Stadtrat, als auch in bestimmten Gremien. Das Ergebnis, was die SWG erzielt hat ist so minimal im Verhältnis zum Gesamtumsatz, dass man sagen muss, dass eine Punktlandung erreicht wurde. Ein bestimmtes Ergebnis wird anvisiert ohne zu Tricksen. Es läuft alles legal. Man kann bestimmte Dinge so buchen, dass man 100.000 Euro mehr oder weniger habe. Er appelliert an die Stadträte kein Geld aus der Gesellschaft zu nehmen, da das Ergebnis zu knapp ist. Die Gesellschaft ist in erster Linie dafür da, eine bestimmte Leistung zu erbringen für einen großen Bevölkerungsbereich. Zum Schluss nimmt man Mieten und finanziert damit die Verwaltung, Straßenreparaturen usw. Das Geld im Haushalt ist wie eine „Kettensäge“ - wenn man sich reinsetzt, weiß man auch nicht von welchen Zahlen man geschnitten wird. Auf der einen Seite will man nach Magdeburg fahren und für eine bessere Kommunalausstattung protestierten und dann kommt man dort mit einem ausgeglichenen Haushalt hin. Wenn man nicht endlich aufstehe und auf die Hinterbeine gehe, dann wird das gar nichts.

Herr Strauß bittet darum die unbegründeten Vorwürfe zurückzunehmen, da alles rechtens abgelaufen sei.

Frau Liesong kann nicht verstehen, dass das doppelte Geld entnommen werden soll, welches dann auf 5 Jahre verteilt wäre.

Herr Skrypek erklärt, dass das Ziel, eine Stellungnahme des Aufsichtsrates, erreicht wurde.

Herr Strauß erklärt, dass der Aufsichtsrat sich einstimmig für die jährliche Entnahme von 100.000 Euro entschieden habe und sich nicht dazu geäußert habe, diese jährliche Entnahme bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgenommen werden solle.

Herr Peche habe bei dieser Aufsichtsratssitzung teilgenommen und dem Vorhaben zugestimmt. Er könne nicht verstehen, wie sich der Finanzminister geäußert habe. Der Bundespräsident hat dazu die Woche eine klare Äußerung gemacht und hofft, dass Herr Schröder dies liest und darüber nachdenkt. Diejenigen, die oben sind, also die Executive und denen unten im Land, die etwas versuchen, diese als Populisten zu bezeichnen. Er sagt, dass er heute dem Ganzen nicht mehr zustimmen könne, da er sich mit dem Haushaltsplan 2019 beschäftigt habe. Er kritisiert die Kreisumlage. Er kritisiert, was mit der Stadt gemacht wurde seit sich diese in der Konsolidierung befindet. Er bezeichnet dies als „Knebelung“. Würde die Stadt 5% mehr verlangen, so hätte sie ein Ersparnis von 25,5 Millionen Euro. Trotz der Abgabe freiwilliger Aufgaben gab es keinen Erfolg. Er sieht das Problem nicht bei der Gesellschaft sondern bei der Stadtverwaltung und bei der kommunalen Ausstattung mit Finanzen, die nicht von Bund und Land gestellt werden.

Herr Koch weist Herrn Skrypek daraufhin, dass er das Recht hat, auf Aussagen, die seine Person betreffen, zu reagieren. Er äußert sich erneut zu seinen Zweifeln und erläutert seine Meinung erneut. Die Äußerungen habe er im Konjunktiv gestellt. Wenn dies heute beschlossen wird, so richtet sich der Beschluss gegen die Gesellschaft und viele Menschen. Er sieht die damit verbundene Verantwortung als fragwürdig.

Herr Oster wolle sich nicht erneut zu den Aufgaben der SWG und SWS äußern. Er möchte zur heutigen Ratssitzung das Ganze aus der kaufmännischen Sicht betrachten. In den Gesellschaftsverträgen stünde nicht drin, die Haushaltslöcher zu stopfen. Die Gesellschaften seien gegründet worden, damit diese eigenständig, ihre dort niedergeschriebenen, festgelegten, notariell beschriebenen Aufgaben zu erfüllen haben. Eine Entnahme sei möglich, aber er möchte sich über die Sinnvollheit äußern. Die 100.000 Euro können nicht investiert werden. Für die SWG würde dies bedeuten, 200.000 Euro zur Verfügung zu haben, da die IB ein spezielles Förderprogramm hat für die Modernisierung von Wohnungen. Da die 200.000 Euro für 7 Jahre jährlich verwendet werden können, spricht Herr Oster von 1,4 Millionen Euro. Diese würden nicht zur Investition zur Verfügung stehen ohne ein Darlehen. Mit diesen 1,4 Millionen Euro könnten 70 Wohnungen saniert und möglicherweise barrierefrei umgebaut werden. Es würden Mieteinnahmen von 24.500 Euro monatlich folgen und damit ca. 300.000 Euro jährlich. Auf 7 Jahre gerechnet entstünden so Mieteinnahmen von ca. 2 Millionen Euro, welche nicht zum Investieren in die SWG zur Verfügung ständen. Er stellt die Frage, ob die Lage des Haushalts dadurch nachhaltig geändert werde. Er spricht davon, dass Herr Strauß in der Vergangenheit davon sprach, dass eine Liquiditätshilfe von so einer Entnahme abhängig sei. Herr Oster habe dazu nichts gefunden. Ziel sei es, die SWG endlich wieder zu stabilisieren. Er kann der Entnahme erneut nicht zustimmen.

Herr Schmidt fragt, ob der Haushalt ausgeglichen oder nach Magdeburg gefahren werden soll. Weiterhin spricht er die Vereine an. Ohne deren Eigenleistung sehe es schlechter aus. Es müsse unbedingt nach Magdeburg gefahren werden.

Herr Strauß stimmt Herrn Peche zu, dass Herr Franke nicht über die Entnahme begeistert sei. Er selbst sei auch überhaupt nicht von der Entnahme von Geld einer Gesellschaft begeistert. Wären ausreichend Finanzen vorhanden, müsste dies nicht geschehen. Ohne einen genehmigten Haushalt kann sich die Stadt in der Zukunft weniger um die Vereine kümmern. Es müssen jegliche Finanzen die der Stadt zustehen eingefordert werden und daher muss nach Magdeburg gefahren werden. Im Jahr 2018 konnte bereits mehr Geld in freiwillige Leistungen investiert werden als im Jahr zuvor. Es bestehe die Möglichkeit eine Liquiditätshilfe von 4 Millionen Euro zu erhalten, welche später durch eine Bedarfszuweisung ersetzt werden solle. Es müsse sich einigermaßen wirtschaftlich gut verhalten werden. Er stimmt zu, dass die 100.000 Euro keine einfache Abgabe durch die Gesellschaft sind, diese allerdings weiterhin nicht zum Haushaltsausgleich reichen werden. Er sieht den Kompromiss als vernünftig.

Herr Hüttel stellt das Vorhaben von Herr Strauß in Frage. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Jung stellt die Frage, wie sich die Entnahme zu dem Gewinnvortrag von 3,5 Millionen Euro verhält. Weiterhin fragt er, ob bei der Entnahme von 100.000 Euro wirklich nichts zu investieren wäre. Er sieht die Verhandlung über die Entnahme keinesfalls in Verbindung mit der Demonstration.

Herr Strauß erklärt, dass entscheidend für die Entnahme die Liquidität der Firma ist. Bei der Entnahme im Jahr würden der SWG weiterhin 2,7 Millionen Euro bleiben. Somit wäre weiterhin genug Geld vorhanden. Es käme zu keiner Gefährdung. Mit den liquiden Mitteln wäre die SWG immer noch über dem veranschlagten der GWD Arbeitshilfe und es müsste kein Darlehen aufgenommen werden.

Es wird ein Geschäftsordnungsantrag zur Schließung der Rednerliste gestellt.

17.05 Uhr
Herr Polster kommt = 34 Anwesende

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (DIE LINKE.)

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist der Antrag mehrheitlich bestätigt.

Herr Oster kann dies nur für 12 Monate empfehlen. Der Bahnhof ist im Moment nicht vermietet und er sehe die 3 Monatsraten als zu gering und zu nah an einer Insolvenz. Es stehen Herr Strauß noch 27.500 Euro zur freien Verfügung zu. Herr Oster stimmt dem nicht zu. Es war bislang nicht notwendig.

Frau Liesong empfiehlt die Entnahme auf ein Jahr zu begrenzen. Sie rechnet mit einer Ablehnung des Vorhabens.

Herr Schmiedl sagt, dass wenn sich etwas ändern sollte, es in den nächsten Jahren erneut aufgerufen werden könne. Der Beschluss heißt nicht, dass das Thema in den nächsten Jahren nicht wieder angesprochen werde. Es solle ein Signal an die Banken und Versicherungen gegeben werden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Vorlage.

namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage:

Herr Sven Strauß	Oberbürgermeister	ja
Herr Thomas Klaube	CDU	ja
Herr Udo Lucas	CDU	ja
Frau Regine Römmisch	CDU	ja
Herr Volker Schachtel	CDU	ja
Herr Frank Schmiedl	CDU	ja
Herr Holger Scholz	CDU	ja
Herr Andreas Skrypek	CDU	ja
Frau Regina Stahlhacke	CDU	ja
Herr Reinhard Windolph	CDU	ja
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.	nein
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	ja
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.	nein
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	nein
Herr Günter Prause	DIE LINKE.	nein
Herr Axel Sell	DIE LINKE.	Enthaltung
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	nein
Frau Doreen Lehnertz	B.I.S. / FBM	nein
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM	nein

Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	nein
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM	nein
Herr André Reick	B.I.S. / FBM	nein
Herr Siegmar Hecker	BOS	ja
Herr Volker Kinne	BOS	ja
Herr Bert Mrozik	BOS	ja
Frau Monika Rauhut	BOS	ja
Herr Helmut Schmidt	BOS	nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS	ja
Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN	ja
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN	nein
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN	ja
Herr Harald Oster	FDP	nein
Herr Harald Koch	fraktionslos	nein
Frau Antje Rödiger	fraktionslos	ja

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die jährliche Entnahme aus der SWG in Höhe von 100.000 Euro für die Jahre 2018 bis 2024, sofern der Bestand der Gesellschaft dadurch nicht gefährdet ist.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 19
 Nein-Stimmen = 14
 Stimmenenthaltungen = 1

Beschluss- Nr.: 1 - 40/18 angenommen

17:27 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Stadtrates Herrn Schachtel, CDU

Herr Schachtel sagt, dass man 200 Meter nach rechts und links den Kreuzungsbereich einsehen muss. In Riestedt ist dies jedoch nicht der Fall. Dort gibt es einen Wildwuchs. Er beauftragt die Verwaltung mit der Straßenbaubehörde zu sprechen und die Voraussetzung zu schaffen, dass der Kreuzungsbereich in den Zustand gestellt wird, dass die Einsicht nach Sangerhausen und Emseloh gewährt wird und damit die Bürger vernünftig auf die Hauptstraße fahren können. Unabhängig davon ist er für einen 70 km/h Bereich an dieser Stelle.

Anfragen des Bürgers Herrn Peter Dietrich

Herr Dietrich sagt, dass die Holzbrücke am Mühlendamm so kaputt ist, dass niemand mehr darüber laufen kann. Er spricht von einer Gefahr für die Kinder.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Strauß

Herr Strauß sagt, dass die Brücke durch Herr Knobloch geprüft und notfalls die Brücke gesperrt werde.

17:31 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7.2 Wiedervorlage nach Widerspruch vom 28.08.2018 - Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der städtischen Wohnungsbau mbH (SWG) Beschluss 7-39/2018

Die Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

7.3 Wiedervorlage nach Widerspruch vom 28.08.2018 – Aufhebung Sperrvermerk für Entnahme aus der Kommunalen Bädergesellschaft mbH (KBS) Beschluss 6-39/18

Begründung: Herr Strauß

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Hauptausschuss lehnte die Vorlage mit 2 – Ja Stimmen, 5 - Nein Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Finanzausschuss stimmte mit 3 – Ja Stimmen, 2 – Nein Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich dafür.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Wirtschaftsausschuss lehnte die Vorlage mit 2 – Ja Stimmen, 5 – Nein Stimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich ab.

Herr Kemesies stellt den Antrag die Entnahme, auf den Vorschlag von Herrn Wüstemann, auf 240.000 Euro zu begrenzen. Dieser stimmte der Entnahme unter diesen Umständen zu, da so keine Gefährdung zustande komme.

Herr Schmiedl sieht die Entnahme aus der KBS in unmittelbaren Zusammenhang mit der Gewährung von Fördermitteln zur Sanierung des Freibades. Sofern mit dem Fördermittelantrag Erfolg erlangt werde, sollten die vorhandenen liquiden Mittel in der KBS belassen werden. Sie sollen nur dann entnommen werden, wenn keine Berücksichtigung im Förderprogramm zu finden sei. Er stimmt Herr Kemesies zu. Er stelle sich einen Sperrvermerk vor, der dann im Oktober oder November aufgehoben werden kann, da zu diesem Zeitpunkt bereits feststehen müsste, ob die Stadt in dem Programm berücksichtigt werde zur Badsanierung oder nicht.

Herr Skrypek sagt, dass die Gelder in der Bädergesellschaft vorhanden seien, man jedoch abwarten solle.

Herr Peche wird gegen die Entnahme stimmen. Er könne sich noch an die Zeit erinnern, als über eine Million Euro aus der Bädergesellschaft entnommen wurde um den Haushalt zu sanieren. Zu der Zeit hatte die Stadt einen Kassenkredit von 8 Millionen Euro und nun liege dieser bei 28 Millionen Euro. Dieses Geld wurde nur zum Stopfen der Haushaltslöcher verwendet. Es müsse ein anderes Denken geben. Es geht beim Kreis los über das Land bis zum Bund. Man müsse aufhören zu versuche immer wieder Möglichkeiten zum Weiterkommen zu finden. So kommt man nicht weiter. Er kritisiert das Bad SaWanne. Man wollte damals ein Kombibad haben, konnte es sich aber nicht leisten, weil man davor zu viel Geld aus der Gesellschaft rausgenommen habe. Das Bäderkonzept war ein ganz anderes. Wenn man dasselbe Problem wieder haben will, dann solle man eben wieder das Geld der Gesellschaft entnehmen. Nächstes Jahr steht die Stadt wieder an der gleichen Stelle. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Hüttel sagt, dass ihm sich der Antrag von der CDU nicht erschließen würde. Wenn man die 3,6 Mio. € bekäme, braucht man eigenes Kapital für die Sanierung des Bades weniger. Wenn man das bekäme, spricht er sich dafür aus, die komplette Summe von diesem Jahr herauszunehmen, weil man das Geld über die KBS nicht bezahlen müsse. Umgedreht sagt er, dass wenn das Geld nicht gewährt wird, man nicht noch mehr Geld entnehmen solle. Die Probleme des Bades ändern sich nicht.

Herr Koch sagt, dass es sich im Rat durchgesetzt hat, auf die Unternehmen zurückzugreifen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu haben. Er sagt aber auch, dass Herr Peche aufgezeigt habe, was die Vergangenheit gezeigt hat. Kleine Löcher wurden gestopft, größere sind entstanden. Die Stadt muss aus der Vergeblichkeitsfalle heraus kommen. Die Bädergesellschaft habe mehr Geld und der Aufsichtsrat entscheide hier anders. Er wird dagegen stimmen, da die Situation statt verbessert eher verschlechtert wird.

Herr von Dehn Rottfeller versteht die Beantragung von 240.000 Euro nicht. Es muss von den ca. 285.000 Euro ausgegangen werden.

Herr Strauß erklärt, dass die Entnahme eine Einnahme von 240.000 Euro für die Stadt bedeutet. Die zu entrichtende Steuer muss durch die Bädergesellschaft gezahlt werden. Er möchte, dass der Stadtrat nicht nur die kommunale Selbstverwaltung einfordere, sondern selbst auch wahrnimmt. Er könne mit der Reduzierung auf 240.000 Euro leben. Ein Abwarten auf den Fördermittelbescheid sei nicht zwingend sinnvoll.

Herr Skrypek sagt, dass bei einer Investition in das Stadtbad andere Betriebskosten entstehen würden. Er möchte erst wissen, was sich die Stadt leisten könne.

Herr Hüttel weiß noch nicht, wie die Renovierung aussehe, da das Stadtbad unter Denkmalschutz stehe. Das Bad müsse besitzstandswahrend umgebaut werden. Er kann den Worten von Herrn Strauß nicht folgen, da bereits der neue Haushaltsplan vorliegt. Dieser enthalte die gleichen Zahlen wie der von 2018.

Herr Oster bittet um Redeanteil und um die Schließung der Rednerliste. Die Entnahme bedeute die Aufschiebung der Sanierung des Stadtbades, wenn die Förderung nicht kommt.

Herr Skrypek entgegnet Herr Osters Aussage und sagt, dass dies nicht in jedem Fall so wäre. Man müsse Herr Wüstemann mit hinzuziehen. Dieser könnte das dann erklären.

Abstimmung über den Änderungsantrag 240.000 Euro (SPD/ DIE GRÜNEN)

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	13
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist der Antrag mehrheitlich bestätigt.

Änderungsantrag eines Sperrvermerks bis zur Entscheidung der Fördermittel (CDU-Fraktion):

„Die Entnahme aus der KBS steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Gewährung von Fördermitteln zur Sanierung des Freibades in Sangerhausen. Sofern wir mit dem Fördermittelantrag Erfolg haben, ist es besser, die bei der KBS vorhandenen liquiden Mittel auch bei der KBS zu belassen. Sie sollen nur dann entnommen werden, wenn wir keine Berücksichtigung im Förderprogramm finden. Darum beantragen wir einen Sperrvermerk auf die Auszahlung von 240 T € netto bis zur Bekanntgabe der Fördermittelempfänger. Diese soll noch im Oktober/ November erfolgen.“

Herr Hüttel fragt, ob wenn der Antrag angenommen wird dies als Automatismus gilt oder ob man im Dezember nochmal darüber spreche.

Herr Skrypek sagt, dass es ein Automatismus ist. Es wird nochmal darüber gesprochen, wenn die Fördermittel genehmigt werden. Wenn die Fördermittel abgelehnt werden, spricht man von Automatismus. Er gibt Herrn Hüttel recht.

Herr Kemesies hat eine Verständnisfrage. Er fragt, ob der Beschlussvorlage dann nicht gefolgt wird und der Sperrvermerk nicht aufgehoben wird. In der Beschlussvorlage steht drinne, dass dieser aufgehoben wird.

Herr Strauß sagt, dass der bestehende Sperrvermerk vom Dezember ersetzt wird durch einen neuen. Die Folgen des neuen Sperrvermerks sind, dass wenn die Stadt im Programm berücksichtigt wird und einen Bewilligungsbescheid erhält keine Entnahme im Jahr 2018 getätigt wird. Wenn die Stadt im Programm jedoch nicht berücksichtigt wird und im November eine Ablehnung kommt, kann die Entnahme i.H.v. 240 T € ohne weitere Abstimmung im Stadtrat getätigt werden.

Frau Kümmel fragt, wieso die Entnahme zu einem späteren Zeitpunkt dann überhaupt getätigt wird.

Herr Kotzur versteht nicht, wenn der Fördermittelbescheid nicht positiv beschieden wird, dass das Geld dann erst recht gebraucht wird. Wenn eine Position im Haushalt mit einem Sperrvermerk vom Stadtrat belegt wird, dann hat der Stadtrat darüber zu entscheiden, ob er wieder aufgehoben wird. Es gibt dahingehend keinen Automatismus.

Herr Skrypek sagt, dass er kein Problem damit habe, wenn es kein Automatismus ist. Er fragt Herr Schuster, ob nur der Stadtrat diesen Sperrvermerk aufheben kann.

Herr Schuster sagt, dass der Stadtrat den Automatismus beschließen kann und sagt, dass dies auch so gedacht war.

Herr Skrypek geht nochmal auf den Automatismus ein. Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion sagt Automatismus. Wenn der Stadtrat dies beschließt, dann ist es automatisch. Das Geld kann dann einfach aus der Gesellschaft genommen werden. Bekommt die Stadt jedoch

Fördermittel, dann muss darüber geredet werden, wie die Sanierung des Stadtbades von statten geht.

Herr Peche sagt, wenn die Stadt keine Fördermittel bekommt, dann wird nicht über die Sanierung des Bades geredet.

Herr Skrypek sagt, dass es dann so bleibt, wie es ist.

Abstimmung über den Änderungsantrag eines Sperrvermerks bis zur Entscheidung der Fördermittel (CDU-Fraktion)

Ja-Stimmen = 15
Nein-Stimmen = 16
Stimmenenthaltungen = 3

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage (geänderter Beschlusstext):

Herr Sven Strauß	Oberbürgermeister	ja
Herr Thomas Klaube	CDU	ja
Herr Udo Lucas	CDU	ja
Frau Regine Römmisch	CDU	ja
Herr Volker Schachtel	CDU	ja
Herr Frank Schmiedl	CDU	ja
Herr Holger Scholz	CDU	ja
Herr Andreas Skrypek	CDU	ja
Frau Regina Stahlhacke	CDU	ja
Herr Reinhard Windolph	CDU	ja
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.	nein
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.	nein
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.	nein
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.	nein
Herr Günter Prause	DIE LINKE.	nein
Herr Axel Sell	DIE LINKE.	Enthaltung
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.	nein
Frau Doreen Lehnertz	B.I.S. / FBM	nein
Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM	nein
Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM	nein
Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM	nein
Herr André Reick	B.I.S. / FBM	nein
Herr Siegmar Hecker	BOS	ja
Herr Volker Kinne	BOS	ja
Herr Bert Mrozik	BOS	ja
Frau Monika Rauhut	BOS	ja
Herr Helmut Schmidt	BOS	nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS	ja

Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN	ja
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN	ja
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN	ja
Herr Harald Oster	FDP	nein
Herr Harald Koch	fraktionslos	nein
Frau Antje Rödiger	fraktionslos	ja

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt für die Entnahme aus der KBS die Aufhebung des Sperrvermerks im Haushalt 2018 der Stadt Sangerhausen. Im Jahr 2018 wird aus der KBS die Entnahme in Höhe von 285.120,27 € (Brutto) per Gesellschafterbeschluss durchgeführt. Davon erhält die Stadt 240 T€ (Netto). Die Differenz von 45.120,27 € ist als Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag an das Finanzamt abzuführen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	19
Nein-Stimmen	=	14
Stimmenenthaltungen	=	1

Beschluss- Nr.: 2 - 40/18 angenommen

Pause von 18:02 Uhr bis 18:23 Uhr

18:02 Uhr
Herr Schmiedl geht = 33 Anwesende

Herr Strauß sagt, dass die Brücke am Mühlendamm bereits repariert ist.

7.4 1. Lesung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Sangerhausen für das Haushaltsjahr 2019

Begründung: Herr Schuster

Herr Koch verweist auf die Klausurtagung am 18. und 19. Oktober 2018. Zuerst wolle er sich zur Kreisumlage äußern. Am gestrigen Tage fand die Kreistagssitzung mit Informationen zum Haushaltsplan statt. Hier soll eine Klausur vom 12. bis zum 13. Oktober 2018 stattfinden. Dort äußerte sich Herr Koch. Die Landrätin habe zum Ausdruck gebracht, dass es keine Erfahrungen zur Kreisumlage in Bezug auf Kommunen gäbe. Wenn die Kreisverwaltung so weitermacht, dann spielt sie der Stadt mit ihrer Klage in die Hände. Er kritisiert die nicht ausreichende Kompetenz der Kämmerei des Kreises. Wenn der Stadtrat der Liquiditätshilfe stattgibt und die Umlagesätze erhöht, dann hat der Kreis wieder ein Vorteil davon. Er empfindet die Erhöhung der Umlagesätze als nicht sinnvoll im Zuge der Annahme des Liquiditätskredites. Die Liquiditätshilfe sei eine giftige Finanzspritze, die die Situation der Stadt Sangerhausen nur verschlimmere. Er kritisiert den Umgang mit dem Runderlass und stellt die Frage, ob man nicht dagegen vorgehen solle. Er versteht nicht, weshalb der Stadtrat sich von einem Runderlass leiten lasse und sagt, dass man sich dagegen rechtlich wehren sollte.

Herr Hüttel bittet die Verwaltung um die Einarbeitung der Änderungen, welche in den Ausschüssen ausgearbeitet wurden. Dies solle noch möglichst vor der Klausurtagung erfolgen.

Herr Strauß bestätigt die Einarbeitung.

Herr Koch erfragt, ob Herr Schuster bereits Dokumente zur Beratung am 12. Oktober 2018 erhalten habe.

Herr Schuster antwortet mit Nein.

7.5 1. Lesung der 12. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Sangerhausen für die Haushaltsjahre 2010 bis 2019

Begründung: Herr Schuster

7.6 Nutzung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der Schulinfrastruktur finanzschwacher Kommunen- Prioritätenliste von Maßnahmen

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Hauptausschuss stimmt über die Vorlage nicht ab, da diesbezüglich noch Fragen offen waren.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Schul- und Sozialausschuss stimme mit 6 – Ja Stimmen und einer Nein Stimme mehrheitlich dafür.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

3 Ortschaftsräte stimmten zu. (Großleinungen, Oberröblingen und Wippra)
1 Ortschaftsrat stimmte nicht zu. (Riestedt)

Frau Liesong ist für eine Nutzung der Fördermittel der Ernst-Thälmann-Straße für den Hort Poetengang. Der Vorschlag der B.I.S./ FBM wäre die Ernst-Thälmann-Straße vollkommen außer Acht zu lassen und das Geld in den Hort Poetengang zu stecken. Somit würde der Hort von der Prioritätenliste entfallen und die restlichen Gelder könnten für die Sanierung von z.B. dem Dach der Grundschule Riestedt genutzt werden.

Herr Peche kann die Argumente nachvollziehen. Die Sanierung des Hortes Poetengang und des Speisesaals solle in einer Maßnahme vorbereitet und beantragt werden. Es wurde gesagt, dass man durch Stark V Geld für den Hort bekäme. Es waren die Summen genau festgelegt für die Sanierung der Thälmann-Straße sowie des Hortes Poetengang. Es wurde festgestellt, dass der Hort bedeutend teurer wird. Er bemängelt die Minimierung der Maßnahme Thälmann-Straße und die größere Investition in den Hort. Somit bleibe nicht gut genug für die Sanierung der Straße. Der Neubau des Hortes hätte besser durchdacht werden müssen. Die Bevölkerung verstehe die nicht vollends durchdachten Maßnahmen der Stadt so nicht. Er kritisiert die Vorhaben der Verwaltung. Man müsse an das Landesverwaltungsamt herantreten. Es wird

keine Maßnahme richtig gemacht, aber es ist schön, dass man die Bäume in der Ernst-Thälmann Straße erhalten habe.

Herr Knobloch gibt Herrn Peche in einigen Aussagen Recht. Die Grundsatzdiskussion die mit dem Land geführt werden müsse, führt etwas in die Irre. Es bleiben weiterhin für die Thälmann-Straße über 600.000 Euro über. Man beschränke sich auf die Nebenanlagen und so könne einiges erreicht werden. Die Verwaltung müsse sich so oder so der Diskussion mit den Bürgern stellen, allerdings wären die Maßnahmen darstellbar. Durch die Vergrößerung des Hortes müsse mehr Geld investiert werden. Man müsse dem Bürger beibringen, dass es sich im Zuge knapper Finanzen nicht anders arbeiten ließe. Er gibt Herrn Peche Recht, dass das Stark V-Programm etwas schwierig gestrickt ist und momentan erstmal geschlossen wurde. Somit können keine neuen Projekte einbezogen werden. Bis 2020/2021 müsse dies abgerechnet sein. Im Frühjahr 2019 könne mit dem Bau begonnen und 2020 damit abgeschlossen werden. Bei einer Zusammenführung müsse das Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt alles prüfen. Das Ergebnis wäre ein Jahr Zeitverzug. Bei einem neuen Projekt käme es zur Gefährdung des Hort Baus.

Herr Peche erklärt, dass die Stadt immer Kompromisse machen müsse und erfragt die Planungskosten.

Herr Knobloch antwortet, dass die Planungskosten ca. 70.000 Euro betragen und dem Bauhof ca. 520.000 Euro bleiben.

Herr Strauß erklärt, dass von den 130.000 Euro noch nicht alles verwendet wurde.

Frau Stahlhacke fragt nach, ob der Speisesaal in den Hort eingepflegt wird.

Herr Knobloch sagt, dass dieser unmittelbar an den Hort angebaut ist. Fördertechnisch und bautechnisch könne so alles abgewickelt werden. Später wird dies ein Gebäude sein.

Herr Strauß erklärt weiterhin, dass der Speisesaal vorwiegend zur Einnahme der Speisen für die Grundschüler diene, er allerdings auch zur Unterhaltung genutzt werden könne. Der Hort ist in Form eines Campus an die GS Goethe angegliedert. Der Förderzweck ist die Speiseeinnahme für die Grundschüler zu ermöglichen.

Herr Hüttel erfragt, ob es sicher sei, dass die Stadt das Geld bekomme und er kritisiert den Umgang mit den zu knapp berechneten Finanzen durch das Land. Er versteht nicht, wieso man die Projekte immer beim Land einreichen müsse. Er fragt sich, ob man das „unten“ nicht mehr entscheiden könne. Es gibt nur noch Bürokratie, aber keine Demokratie mehr. Es ist eher schädlich zu sagen, dass man die Grundsatzdiskussion nicht mehr führen könne. Dazu gibt es nie den richtigen Zeitpunkt. Man müsse von der unteren Verwaltung nach oben schreiben, dass es so nicht mehr ginge.

Herr Kotzur sagt, dass erklärt wurde, dass die 2 Projekte von Stark 5 abgearbeitet werden müssen. Der Fördermittelgeber bestimme was mit den Fördermitteln gemacht werden dürfe und so müssen vermeintliche Tricks angewendet werden. Die Stadt würde so behindert werden und es würde keine kommunale Selbstverwaltung stattfinden. Auf der einen Seite bestimmt der Fördermittelgeber, was die Stadt darf und was nicht, auf der anderen Seite hat diese aber die Planungshoheit. Auf den Planungskosten bleibt die Stadt jedoch sitzen, wenn irgendwas nicht so aufgeht. Es müsse alles für einen vernünftigen Speiseraum gegeben werden. Man sollte alles dafür geben, dass die angestrebte Campuslösung zustande kommt, auch wenn dann das Projekt Ernst-Thälmann Straße stirbt.

Herr Schachtel versteht nicht, dass sich nicht um die Reparatur des Asbest-Dachs der Riestedter Grundschule schnellstmöglich gekümmert werde, da hier eine größere Gefahr von ausgehe. Wenn man ein Asbest- Dach anfässt, dann gibt es ein Problem für die Gesundheit. In Riestedt wurde die Mensa in Eigenleistung aufgebaut. Die Schüler in Riestedt essen in der

Mensa genauso wie die Schüler der Goetheschule. Wenn es riecht ist es eine Sache, aber wenn es gefährlich wird, dann ist das eine ganz andere Sache. Die Prioritätenliste sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Windolph geht auf die Stark V Förderung ein. Es wurde konkret die Thälmann Straße als Antrag von der Stadt und vom Rat gestellt. Das zwischenzeitlich die Anzahl der Schüler, die den Hort besuchen gewissermaßen das Projekt gesprengt haben ist eine Information aus diesem Jahr, die dazu geführt hat, dass der Hort etwas größer gestaltet werden musste, um die Schüler dort unterzukriegen. Die Vergrößerung der Anzahl der Hortkinder war nicht vorherzusehen und konnte somit nicht einkalkuliert werden. Er versteht, dass die Grundschule Riestedt auf Platz 1 kommen soll, aber es geht darum den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten. Er empfindet den Schulbetrieb wichtiger als die Reparatur des Dachs. Er appelliert daran, dass es keine Diskussion des einen gegen den anderen gibt.

Herr Koch ist für eine Führung der Landesregierung durch den alten Speisesaal der Grundschule Goethe um den Zustand zu verdeutlichen. Er appelliert an die Mitglieder des Rates Stimmung zu machen.

Frau Kümmel sagt, durch die lange Zeitschiene Geld verschrenkt werden würde. Durch den Abbruch der Sanierung der Thälmann-Straße könne das Geld in die Prioritätenliste investiert werden.

Herr Strauß erklärt, dass beim Streichen der Mittel für den Hort die Mensa im derzeitigen Zustand bleiben wird.

Frau Liesong schlägt vor, das Geld für die Sanierung der Thälmann-Straße für den Bau der Mensa zu verwenden um sie aus der Prioritätenliste zu entfernen. Sie ist weiterhin der Meinung, dass die Reparatur des Asbest Daches vorgezogen werden müsse, da ein Gesundheitsrisiko bestehe.

Herr Strauß erklärt, dass das Schuldach nicht in das Programm Stark 5 eingebracht werden kann, da dieses Programm beendet ist, d.h. es können keine neuen Maßnahmen eingereicht werden. Der Hort kann nicht um den Betrag erweitert werden, da sonst die Betragsgrenze überschritten wird. Er schlägt vor die Position 3 und 4 der Stark 5 Liste zu tauschen.

Herr Hüttel schlägt vor die Dachreparatur in Riestedt i.H.v. 54.000 € aus dem normalen Haushalt zu finanzieren.

Es wird ein Geschäftsordnungsantrag zur Schließung der Rednerliste gestellt.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (BOS-Fraktion)

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist der Antrag mehrheitlich bestätigt.

Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen.

Herr Polster erfragt die Positionen auf der Prioritätenliste und die eingeplanten Finanzen zu diesen.

Herr Michael antwortet, dass 250.000 Euro zur Sanierung in Großleinungen dienen. Die 55.000 Euro dienen zur Reparatur des Dachs des Speisesaals der Grundschule in Riestedt. Im Othal werden 260.000 Euro veranschlagt.

Herr Polster findet, dass die Zahlen einzusehen seien sollten, damit die Stadtratsmitglieder richtige Entscheidungen treffen können. Er kritisiert die Vorbereitung und will die Beschlussvorlage als 1. Lesung.

Herr Strauß verstehe die Anmerkung von Herr Polster. Man habe jedoch bewusst die Prioritätenliste ohne Zahlen erstellt, da diese dem Fördermittelsteller so vorgelegt werde. Die Entscheidungskriterien sollten die Schülerzahlen und die Dringlichkeit der Maßnahme sein. Er sieht die Dringlichkeit der Maßnahme in Riestedt und bietet an die Positionen zu tauschen.

Herr Polster stimmt dem Oberbürgermeister zu. Er erbittet auch Schülerzahl, Maßnahme und Kostenfaktor der anderen drei Prioritäten.

Herr Skrypek fragt, ob sich darauf geeinigt werden könne, dass die Prioritätenliste mit den Ergänzungen nachgereicht werde. Man sei sich eigentlich einig, dass die Maßnahmen in dieser Reihenfolge durchgeführt werden sollten. **Es solle dem Protokoll angehängt werden.**

Es wird über einen Geschäftsordnungsantrag zur 1. Lesung diskutiert.

Herr Michael erklärt, dass der Bau des Horts Poetengang zeitlich möglichst schnell abgehandelt werden solle. Es gäbe eine Frist von 4 Wochen. Bei den Prioritäten 3-7 stehen keine Zahlen, da aus dem jetzigen Programm 707.000 Euro höchstens ausgegeben und die beiden ersten Maßnahmen nur bedient werden können. Die Prioritätenliste verlange auch die Aufnahme des Trägers des Landesverwaltungsamtes.

Herr Hüttel kritisiert, dass er nicht die Frage beantwortet habe, sondern dass die eigene Verwaltung dann ein Problem habe. Er fragt, ob es schädlich gegenüber dem Land ist, dass man dies 4 Wochen später einreiche.

Herr Michael antwortet, dass die Frage so nicht formuliert werden könne. Die Bauausführung käme so nicht hin, dass sie die Objekte benutzen könnten. Es ist also schädlich.

Es wird ein Geschäftsordnungsantrag zur 1. Lesung der Beschlussvorlage gestellt.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (B.I.S./ FBM-Fraktion)

Ja-Stimmen	=	13
Nein-Stimmen	=	19
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Prioritätenliste in der Vorlagenbegründung zur Fördermittelnutzung des Schulinfrastrukturprogrammes des Landes Sachsen Anhalt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	24
Nein-Stimmen	=	6
Stimmenenthaltungen	=	3

Beschluss- Nr.: 3 - 40/18 angenommen

Frau Liesong verlangt, dass trotz der erfolgten Abstimmung die Summen und Schülerzahlen nachgereicht werden.

19:20 Uhr
Herr Prause geht = 32 Anwesende

7.7 Neufassung der Gebührensatzung für das Spengler Museum und das Spengler Haus

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Hauptausschuss stimmte der Vorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Der Finanzausschuss stimmte mit 6 – Ja Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich dafür.

Stellungnahme des Schul- und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Liesong, Vorsitzende des Ausschusses

Der Schul- und Sozialausschuss stimmte mit 5 – Ja Stimmen, einer Nein Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich dafür.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusausschuss stimmte mit 7 – Ja Stimmen, einer Nein Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich dafür.

Herr Hüttel empfindet es als ungünstig die Preise zu erhöhen anstatt über eine bessere Vermarktung und eine Verbesserung der baulichen Substanz sprechen. Er gibt zu, dass die Erhöhung moderat ist, bleibt allerdings dabei, dass es der falsche Weg sei.

Frau Liesong empfindet die Erhöhung ebenfalls als sehr moderat und wird dieser zustimmen. Sie nennt als Vergleich den Eintritt im Rosarium welcher bei 12,50 Euro in der Saison liegt.

19:30 Uhr
Herr Klaube und
Herr Strauß gehen = 30 Anwesende
19.31 Uhr Frau Stahlhacke geht = 29

Beschlusstext

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Gebührensatzung für das Spengler Museum und das Spengler Haus der Stadt Sangerhausen mit Wirkung zum 1.1.2019

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	2
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 4 - 40/18 angenommen

19.38 Uhr Herr Hüttel geht
= 28 Anwesende

**7.8 Auslegungsbeschluss zum Entwurf des vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes Nr. 40 „Solarpark Wiesenweg“ der Stadt Sangerhausen,
Ortsteil Oberröblingen**

Begründung: Herr Knobloch

**Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr
Windolph, Vorsitzender des Ausschusses**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt stimmte mit 7 Stimmen einstimmig für die Vorlage.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte über die Beschlussvorlage nicht ab.
(Beschlussvorlage lag zum Sitzungszeitpunkt noch nicht vor.)

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.40 " Solarpark Wiesenweg" der Stadt Sangerhausen, Ortsteil Oberröblingen, für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen und die Behörden und Nachbargemeinden zu beteiligen und um Stellungnahme zu bitten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 5 - 40/18 angenommen

19.40 Uhr Herr Strauß kommt wieder
= 29 Anwesende
19.42 Uhr Herr Hüttel kommt wieder
= 30 Anwesende

Die TOP 7.9, 7.10, 7.11 werden zusammengefasst.

Frau Liesong habe mit Entsetzen im Sozialausschuss von Herrn Michael gehört, dass das Wolfsberger Bad ein Wasserversorgungsproblem habe. Das Wolfsberger Bad werde durch die Wolfsberger Wipper mit Wasser versorgt, aber nur noch eine Ausnahmeregelung für dieses und bestenfalls nächstes Jahr habe. Sie ist der Meinung, dass über das Bad nicht geredet werden müsse, wenn bis spätestens nächstes Jahr keine Wasserversorgung mehr stattfinde.

Herr Strauß erklärt, dass die Ausnahmeregelung für die Erstbefüllung im Jahr 2018 galt. Im Jahr 2019 liege aktuell keine Genehmigung vor. Die Wasserqualität biete nicht die Möglichkeit einer weiteren Befüllung. Würde zur Wasserversorgung ein Brunnen verwendet werden, so müsse in jedem Fall eine Wasseraufbereitungsanlage installiert werden, was zu erheblichen Kosten führe.

Herr Lucas erklärt, dass zuvor ein Brunnenbau in Erwägung gezogen wurde. Das Brunnenwasser zeige jedoch eine zu hohe Eisen und Mangan Belastung. Dies ließe sich jedoch kostengünstig aufbereiten. Zum anderen sind die Vorbereitungen so getroffen, dass die Lösung über den Wasserverband laufen könnte. Dafür stehe bereits ein Wasserzähler zur Verfügung. Er schlägt jedoch vor, einen anderen Brunnenstandort auszuprobieren um dort die Qualität zu testen. Die Aufbereitungskosten wären nicht erheblich.

Herr Kotzur bedankt sich für die Übernahme der 1. Lesung. Er erklärt, dass er sich sehr unwohl fühle, wenn er als Stadtrat über den Beschluss eines Ortschaftsrates entscheiden müsse. Dies hat mit Ortschaftsdemokratie nichts zutun. Er möchte das Recht für sich nicht in Anspruch nehmen, zumal er selber auch in einem Ortschaftsrat tätig ist. Alle Beteiligten sollten miteinander reden und sich nicht gegenseitig drohen. Man müsse prüfen, inwieweit die Eingliederungsvereinbarungen eingehalten werden. Der Stadtrat und die Ortschaftsvertreter müssen sich an einen Tisch setzen und gucken, was in den Verträgen noch offen ist. Fatal für alle wäre, wenn Ortschaft gegen Ortschaft antritt, Ortschaften gegen Stadtrat. Er sagt, dass man eine Stadt sein. Die Ortschaften haben die gleichen Rechte wie die Kernstadt und umgekehrt.

Herr Windolph sagt, dass sich der Bauausschuss zusätzlich mit dieser Vorlage beschäftigt habe und einfordert, dass bestimmte Leistungen die noch erbracht werden müssen für das Bad aufgelistet werden. Die Wasserversorgung sei das größte Problem, welches es zu lösen gelte. Hier muss dran gearbeitet werden. Der Hinweis des Ausschusses ist, dass man sich an einen Tisch setzen müssen und reden sollte.

Herr Oster erklärt, dass der Eigenanteil vorhanden war, der Fördermittelantrag jedoch nicht gestellt wurde. Es gab ein Kommunikationsproblem, welches in einem Vertrauensverlust mit den Ortsteilbürgermeistern geendet ist. Dies gilt es zu überwinden. Er kritisiert Herrn Strauß und sagt, dass er erst ein Jahr im Amt ist, jedoch schon so viel passiert ist. Die Frage ist, wie man wieder Vertrauen herstellen könne. Es muss etwas Grundsätzliches passieren im Umgang mit den Ortsbürgermeistern. Man dürfe das ehrenamtliche Engagement in Wolfsberg nicht behindern, sondern würdigen. Diese kleine Ortschaft wird auch das Wasserproblem gelöst bekommen.

Herr Strauß erklärt, dass er nicht innerhalb von 10 Tagen einen Fördermittelantrag unterschreiben kann, mit welchem sich die Stadt Sangerhausen für die nächsten 12 Jahre zur Erhaltung verpflichte.

Herr Peche erklärt, dass diese Maßnahme wie jede andere erst diskutiert werden müsse. Manchmal müsse man für die Stadt Sangerhausen als Gesamtes stimmen und nicht für die einzelnen Ortschaften. Man muss manchmal entscheiden, ob man als Stadtrat oder Ortschaftsrat spreche und das ist nicht immer einfach. Die Verwaltung und der Ortschaftsrat sollen sich unterhalten und danach bekommt der Stadtrat die Konzepte auf den Tisch. Er denkt, dass jeder will, dass das Bad erhalten bleibt.

Herr Lucas erklärt, dass er als Ortschaftsrat keine andere Möglichkeit sah das Thema anzusprechen. Er hofft auf konstruktive Gespräche.

Herr Skrypek bitte nach der Sitzung die Fraktionsvorsitzenden zu sich.

7.12 Rahmenverträge für Bauhofleistungen

Begründung: Herr von Dehn-Rotfelser

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Hauptausschuss stimmte der Vorlage mit 7 – Ja Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Tourismus stellte einen Antrag auf 1. Lesung zur alten Vorlage und habe noch nicht über die neue Vorlage abgestimmt.

Beschlusstext

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mögliche Rahmenverträge oder die Fremdvergabe der in der Begründung angeführten Bauhofleistungen zu prüfen und in der 42. Stadtratssitzung darüber dem Stadtrat zu berichten. Damit ist sicherzustellen, dass eine Entlastung des Bauhofes ab dem Jahr 2019 wirksam werden kann.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	2

Beschluss- Nr.: 6 - 40/18 angenommen

20.00 Uhr Herr Reick geht = 29 Anwesende

7.13 Bewilligungsbescheid Liquiditätshilfe – Rechtsbehelfsverzicht

Begründung: Herr Schuster

Beschlusstext

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen ermächtigt den Oberbürgermeister zum Bewilligungsbescheid über die Gewährung einer Liquiditätshilfe in Höhe von 4.000.000 € den Rechtsbehelfsverzicht zu erklären.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	1

Beschluss- Nr.: 7 - 40/18 angenommen

8. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

- 8.1 Prüfaufträge Haushaltskonsolidierung - Kostendeckung Friedhofsgebühren, Kostendeckung Kindertageseinrichtungen, Nutzung von Sportstätten**
- 8.2 Prüfauftrag Haushaltskonsolidierung - Aufwendungen für ehrenamtlich tätige Bürger mit örtlich bezogenen Aufgaben**
- 8.3 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.08.2018**

Herr Skrypek sagt, dass die Informationsvorlagen zur Kenntnis genommen werden sollen. Es wird nach Unklarheiten gefragt.

Herr Hüttel bittet um die Zusammenfassung der Informationsvorlagen für den öffentlichen Teil der Sitzung.

Herr Skrypek erklärt, dass es um Prüfaufträge, Haushaltskonsolidierung, Kostendeckung Friedhofsgebühren, Kostendeckung Kindereinrichtung, Nutzung von Sportstätten, Prüfauftrag der Haushaltskonsolidierung, Aufwendungen für ehrenamtlich tätige Bürger mit örtlich bezogenen Aufgaben und den Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs ginge.

9. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

- 9.1 Verkauf des städtischen Grundstückes in der Gemarkung Sangerhausen, Flur 20, Flurstücke 438 und 164; ehemaliger Schachtkindergarten in der Fritz-Himpel-Straße**

- 9.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)**

10. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

- 10.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses**

- 10.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses**

- 10.3 Rederecht für Herrn Schmidt, Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH**

- 11. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 20:37 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

Sabrina Klausner
Protokollführerin

